

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 20.00 Mark. Bestellungen nehmen die Auslieferer und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreis für die Anzeigenblätter: Politische Anzeigen 4.00 Mark, andere Anzeigen 2.00 Mark, Kleinanzeigen 1.00 Mark. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 184

Mittwoch, den 9. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Schweizer Zeitungen berichten, daß Poincaré auf Grund der bisherigen Verhandlungen mit Lloyd George die zuständigen Pariser Stellen angewiesen habe, die Restoritionen gegen Deutschland vorläufig noch auszusetzen.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld ist mit dem Minister des Innern Dr. Schweyer und dem Justizminister Dr. Gärner gestern abend nach Berlin abgereist.

Der Sejm ratifizierte die deutsch-polnischen Verträge über die ober-schlesischen Kohlenruben und den Staatsbesitz.

Chicago Tribune meldet: Die Vereinigten Staaten wollen eine neue Konferenz einberufen und haben durch ihre verschiedenen diplomatischen Vertreter von ihrer Absicht Kenntnis gegeben. Es soll eine Art Antidumpingkonferenz einberufen werden.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorüberlich auf 797 1/2.

### Produktive Pfänder.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Das erste Zusammentreffen zwischen Poincaré und Lloyd George war ein deutlicher Gradmesser der Spannung, die sich zwischen England und Frankreich herausgebildet hat. Poincaré leistete sich ein selbst für diesen Imperialisten ungewöhnliches Demagogisches. Er spielte sich als die verlorne Unschuld auf und vertieg sich schließlich zu der Behauptung, daß Frankreich Deutschland 90 Milliarden Franken vorgeschossen habe. Neben den Kolonialstrafen setzte es von seiner Seite aber einen so scharfen Ton, daß Lloyd George verwundert fragen mußte, ob die Forderungen Poincarés ein Minimum darstellten. Selber hat sich Lloyd George hinsichtlich der finanziellen Dinge auf einige allgemeine Bemerkungen beschränkt und Poincaré nicht zu Gemüte geführt, wie die bisherigen Zahlungen Deutschland schon vollkommen erschöpft haben. Immerhin ist sein Hinweis darauf wertvoll, daß Deutschland schon über 10 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Aber auch diese Angabe bleibt ja ungeheuerlich hinter der Wahrheit zurück. Bekanntlich hat Deutschland auf Grund des Friedensvertrages und des Waffenstillstandes Vorleistungen zu machen müssen, die von der Gegenseite freilich nicht als Reparationen gerechnet werden. Aber es wäre doch notwendig gewesen, Poincaré vor Augen zu führen, daß ein völlig ausgeplündertes Deutschland eben nicht mehr leistungsfähig sein kann. Die Vorleistungen betragen allein 20 Milliarden Mark, selbst die Gegner haben sie auf 12 Milliarden geschätzt. Dabei hat man die Milliardenwerte der Kolonien überhaupt nicht eingerechnet. Darüber hinaus hat nun Deutschland schon wieder 10 Milliarden in Gold abgetragen. Dieser Tatbestand ist leider auch in Lloyd Georges Gegentende nicht festgestellt worden. Immerhin war es wertvoll, daß der britische Premierminister Poincaré ziemlich brüsk als Schwindler entlarvte, als er auf die völlige Entwaffnung Deutschlands durch den Friedensvertrag hinwies. Gerade in diesem Punkte selert die Verlogenheit der französischen Regierungsmänner im Wettbewerb mit ihrer Boulevardpresse tagtäglich Orgeln.

Den sachlichen Inhalt der französischen Forderung hat Lloyd George in seiner Erwiderungsbrede kaum gestreift. Er beugte sich damit, das Programm des französischen Ministerpräsidenten an einen Sachverständigenausschuß zu empfehlen. Hierin haben ihm die übrigen Mächte beipflichtet. In Wahrheit handelt es sich bei den sieben Forderungen Poincarés gar nicht um seine eigenen Erkenntnisse, sondern die Forderungen sind aufgestellt worden von dem französischen Finanzminister Laskerey, der schon immer bewiesen hat, daß er ein engstirniger, habsüchtiger Kleinbürger ist. Er war vordem Vorsitzender des Finanzausschusses des französischen Senats, als Finanzminister hat er sich im wesentlichen begnügt, der Willkür des französischen Uebernationalisten zu sein. Daß aber Poincaré die Forderungen politisch vertreten hat, macht ihn für sie auch politisch verantwortlich. Man kann darum mit gutem Recht von einem Programm Poincarés sprechen. Sämtliche sieben Forderungen würden den Franzosen nicht einen Goldvorrat bringen, da die sogenannten produktiven Pfänder ja in der Hauptsache nur aus Konsummaßnahmen bestehen. Die Reichsbank, die Ein- und Ausfuhr, der Reichshandel sowie die Einnahmen aus staatlichen

Bergwerken und Wäldern sollen unter Kontrolle gestellt werden. Selbst das Blatt Lloyd Georges muß zugeben, daß diese Art der Kontrolle weit über das hinausgeht, was man seinerzeit den Türken zugemutet hat. Ihre Durchführung würde die völlige Aufgabe der Wirtschaft und Finanzhoheit des Deutschen Reiches bedeuten. Die dafür einzusetzenden Kommissionen müßten so ausgedehnt und zahlreich sein, daß abermals ungezählte Milliarden für unproduktive Zwecke draufgehen würden. Poincarés produktive Pfänder sind das unproduktive, was man sich volkswirtschaftlich überhaupt ausmalen kann. Es ist darum absolut keine Ueberschwengung, wenn der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph einen englischen Diplomaten darüber sagen läßt, es wäre nach der Durchführung der Pläne Poincarés notwendig, daß der Teufel selbst die Regierung in Berlin übernimmt. Er hätte freilich viel richtiger darauf hinweisen können, daß bereits ein Dämon oder Teufel die Welt regiert. Indem Poincaré mit solchen Plänen vor eine ernsthafte Konferenz tritt und dort lediglich Widerspruch in Nebenfragen findet, beugt man sich diesem teuflischen Geist. Denn neben den Kontrollmaßnahmen will ja Poincaré auch noch drei andere Sachen. Einmal eine Sonderversteuerung der Ruhrkohle zugunsten der Reparationskasse, sowie eine Beteiligung an der deutschen Industrie durch Vermehrung des Aktienkapitals um 26 Prozent und Abtretung dieser neuen Aktien an die Reparationskommission. Die Sonderversteuerung der Ruhrkohle müßte die deutsche Volkswirtschaft totwund machen und die Beteiligung von fremden Regierungen an den deutschen Aktienkapitalien ist nichts anderes als Kommunismus in anderer Form. Wo bleibt der Schützer des Privateigentums, als den Poincaré den Russen gegenüber sich bisher aufspielen beliebte. Am insamsten freilich ist die Forderung der Wiederherstellung einer inneren Zollgrenze im besetzten Gebiet. Was diese Zollgrenze Deutschland wirtschaftlich gekostet hat, das bräut sich zum Teil auch jetzt mit in unserem katastrophalen Geldstande aus. Die Forderungen Poincarés stehe ich unverkennbar den nächsten und brutalen Willen wider Deutschland abzuwürgen. Das ist der ganze Sinn der produktiven Pfänder!

### Zum 11. August.

Zum ersten Mal seit Inkrafttreten der Reichsverfassung finden sich weite Teile des Volkes zusammen, um in erster, feierlicher Veranstaltung dem neuen Staat, der Republik und damit sich selbst die höchste Ehre zu erweisen. Die Ereignisse seit dem 24. Juni haben Millionen deutscher Staatsbürger die Binde der Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit gegen den neuen Staat von den Augen gerissen.

#### Wir alle sind der Staat!

Vorbei ist die Zeit, in der ein Einzelner den Staat als sein Eigentum, als sein Werkzeug betrachtete. Vorbei ist aber auch die Zeit, in der die Massen der Amerikaner glaubten, sie brauchten sich nicht um das Wohl des Staates und der Gesamtheit zu kümmern, das zu sein andere da, die dafür bezahlt würden. Der demokratische Staat ist das, was der Fleiß, die Treue, der Opferwille aller Bürger aus ihm zu machen wissen. Der demokratische Staat steigt oder sinkt je nachdem auf den Sand der lebendigen Bürgergenossen, die in jedem von uns wirksam sind. Der neue Staat muß tiefer verankert sein in den Herzen seiner Bürger als je eine frühere Staatsform. Welt er um seiner selbst willen bestrebt sein muß, die Untertanengehinnung zu ersetzen durch den staatsbürgerlichen Willen aller, so ist er auf die freudige innere Zustimmung seiner Bürger angewiesen. Was im alten Polizeistaat durch Furcht durch Zwang und Strafe erreicht wurde: die Einordnung, den Bruch des Staates, das muß heute das Pflichtgefühl des freien Bürgers schaffen. Darin liegt eine der großen Unterschiede zwischen früher und jetzt.

Der neue demokratische Staat hat als ein Erbe viele schwere geistigen und materiellen Lasten übernehmen müssen, soviel, daß er darunter zusammenbrechen müßte, wenn er es nicht verstände, neue weltliche Kräfte des Wiederaufbaues freizumachen. Die Träger des Staates von ehemals stehen tollend zur Seite, einzelne von ihnen führen den Mordstahl gegen die Staatsmänner von heute. Erbitterte, habsüchtige Feinde mit denen wir vor wenigen Jahren im Kriege lagen, verkümmern keine Gelegenheit, die deutsche Republik zu demütigen. Ihre berechtigten Interessen zu verletzen ihre Ehre zu beschmugen. Der Geist der Zwietracht, das uralte deutsche Erbäbel, wagt sich wieder hervor und sucht in der allgemeinen Not ein blühendes Selbstsucht und Eigennutz zu retten. Die große Masse der Staatsbürger, in wirtschaftlich glänzenden Zeiten zur politischen Interesselosigkeit erzogen, haben allzulange raten-

los abseits gestanden, da sie in ihren engsten Privatinteressen aufgingen. Fast müssen wir verzagen angesichts dieses Erbteils, welches das Schicksal dem neuen Staat in die Wiege gelegt hat.

Und dennoch: wir verzagen nicht! Am Verfassungstage soll der Ruf durch die Lande gehen: Ermannt Euch! Ist die Not auch groß und schwer, wir werden sie überwinden!

#### Wir wollen härter sein als unser Schicksal!

Wir wollen uns zusammenscharen um das einzige Deutsche Reich, um die Deutsche Republik. Die Ideen und Ideale der Demokratie und der freien Persönlichkeit sollen uns hinwegtragen über das Tagesfaß, über die Not unseres Zeitalters: Deutschland muß leben und wenn wir untergehen! Dieser Schwur soll am Verfassungstage aus Millionen Herzen aufsteigen. In diesem Schwur finden sich zusammen Bürger aller Klassen, aller Stände, jedes Alters, aller Parteien. In der Weimarer Verfassung ehren wir das eigene Werk des deutschen Bürgers, an dem jeder mitgeholfen hat. Demütigen Hauptes stehen wir vor den guten, dauernden Leistungen der Vergangenheit, das Herz voll von dem Glauben an eine neue deutsche Zukunft. Wir ehren unsere Väter, indem wir die Aufgaben der neuen, demokratischen Zeit erfüllen!

Gott das deutsche Vaterland!  
Gott das einzige Deutsche Reich!  
Gott die deutsche Republik!

Deutsche Demokratische Partei.  
Die Parteileitung.

### Die bayerische Verhandlungsgrundlage.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld hat sich für die heutigen Verhandlungen in Berlin von seinem Kabinett Richtlinien mitgeben lassen, die in Bayern als Mindestforderungen bezeichnet werden. Natürlich erschwert eine solche Bindung auf bestimmte Forderungen die Verhandlung, die ohnedies sehr schwer sein wird, noch mehr. Daß das Ziel der Berliner Aussprache die Befestigung der verfassungsgemäßen und juristisch unhaltbaren bayerischen Verordnung sein muß, wird nachgerade auch in Bayern allmählich eingesehen. Aber Graf Verchenfeld soll für dieses Zugeständnis ganz bestimmte Zusagen der Reichsregierung einhandeln und mit zurückbringen. May glaubt allen Ernstes in Bayern folgendes herauszuschlagen zu können: eine Erklärung des Oberreichsanwaltes, daß er die Strafverfolgung der in Bayern begangenen Verbrechen gegen das Reichsgesetz ausnahmslos den bayerischen ordentlichen Gerichten überweisen zu wollen bindend zusagt; daß der Reichsminister des Innern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichs- und Landesregierung nicht den Staatsgerichtshof anzurufen, sondern sich bei der Entscheidung der Landesregierung zu beruhigen verspricht; daß die Volkzugsbeamten des Reichskriminalpolizeiamtes nicht unmittelbar sondern nur nach besonderer Vereinbarung in Bayern tätig werden; daß die Reichsregierung eine Verfassungsänderung im Sinne eines erhöhten Schutzes der Länder gegen Beeinträchtigung ihrer staatlichen Rechte etwa dahin zusagt; daß Verfassungsänderungen künftig erschwert, und daß Schmälerungen der Hoheitsrechte der Länder nur mit deren Zustimmung beschlossen werden dürfen.

Wenn dies, wie wir anzunehmen Grund haben, die Verhandlungsgrundlage der bayerischen Delegation in Berlin darstellt, so wird man kaum annehmen dürfen, daß alle Forderungen durchgesetzt werden. Denn man darf trotz des zweifellos vorhandenen guten Verständigungswillens beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung nicht vergessen daß hier auch eine Mitwirkung des Reichstages verlangt wird. Die sich bei der einmal vorhandenen Parteileistungskaum finden wird. Ueber manche Einzelheiten der bayerischen Richtlinien wird sich reden lassen, aber die restlose Bewilligung ist undenkbar. Bayern hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn infolge seines überfälligen rückfälligen Vorgehens jetzt eine so ernste Lage geschaffen ist. Vielleicht hätte auch die Reichsregierung selbst nach Verabschiedung der Schutzgesetze praktisch noch einiges tun können, um den scharfen Konflikt zu vermeiden. Die bayerischen Demokraten haben die Wege dazu unermüdet gewiesen. Nun muß man durch beiderseitiges Nachgeben die verfahrenen Lage wieder zurecht rücken. Dabei wird sich herausstellen, daß schließlich die Vorschläge der bayerischen Demokraten auch jetzt noch leichter zur Einigung führen als die verfassungsgemäße Politik, die die bayerische Volkspartei und die deutschnationale bayerische Mittelpartei verfolgen. Wenn deren Draone jetzt schon triumphierend darauf hinweisen, daß ihre Politik der Stärke gestützt habe, so eilen sie nicht nur den Tatsachen bedenklich voraus, sondern sie